



Resolution

Eingebracht durch Katar

"Bildung für eine gerechtere Welt"

Die Kommission für Bildung und Kultur,

Bezug nehmend auf die am 10. Dezember 1948 durch die Vereinten Nationen ratifizierte "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" und das im Speziellen nach Art. 26 festgesetzte "Recht auf Bildung", sowie die Erweiterung dessen durch Art. 13 des vom 19. Dezember 1966 stammenden "Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte",

hinweisend auf Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention vom 20. September 1990,

verweisend auf die Resultate und Forderungen des "World Education Forum" Dakar im April 2000,

besorgt um die hohe Analphabetenquote, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern,

bedauernd, dass gerade in unterdurchschnittlich entwickelten Staaten häufig keine hinreichende Bildung (insbesondere für (Sozial-)Benachteiligte) stattfindet,

bestürzt über die massiven Missstände innerhalb der Bildung und den Bildungschancen, in Bezug auf den gesellschaftlichen Status von Männern, Frauen und Kindern (hauptsächlich in unterdurchschnittlich entwickelten Staaten),

bekräftigend, dass eine liberale Bildung freien Zuganges zu Wissen und unabhängigen Medien, sowie einer freien Meinungsbildung und Meinungsäußerung bedarf,

in Erinnerung rufend, dass unterentwickelte Staaten zur Verbesserung der Bildungssituation die Unterstützung anderer Staaten dringend benötigen,

zu der Erkenntnis kommend, dass trotz aller Fortschritte Maßnahmen zur Besserung der Bildungssituation, speziell auch für Frauen und Kinder, sowie sozial Benachteiligte und Förderungsbedürftige (besonders in unterdurchschnittlich entwickelten Regionen), in aller Dringlichkeit unabdingbar und zwingend notwendig sind ,

erbittet die Gründung eines internationalen Stipendienprogramms zu Gunsten von Begabten und Bedürftigen (speziell in Ländern ohne ausreichende eigene Bildungsmöglichkeiten und Bildungskapazitäten);

1. fordert die Erhöhung der Entwicklungshilfe für den Zweig Bildung von 5% auf 10% die trotz der Finanzkrise bestehen bleiben, da Bildung nachhaltig aus der Wirtschaftskrise hilft;
2. ersucht die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen um eine Erweiterung der Zusammenarbeit mit weniger entwickelten Staaten, in Hinsicht auf Wissens- und Erfahrungsaustausch, sowie der Ausbildung von Fachkräften und Bereitstellung von Know-How;
3. fordert die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf freie Medien, den Zugang zu diesen, sowie Meinungsfreiheit und das Recht der Selbstentfaltung zu Gunsten von Bildung gesetzlich festzuhalten und zu fördern;
4. erbittet die Gleichstellung von Kindern, Frauen und Männern (in Hinsicht auf Bildung, Kultur und Sozialstrukturen / Gesellschaft) innerhalb der Mitgliedsstaaten;
5. legt der UNESCO nahe die Ziele dieser Resolution vehementer zu verfolgen, die Verwendung der finanziellen Hilfe zu kontrollieren und weitere Lösungsstrategien zu entwickeln
6. Verlangt von den Mitgliedern der Vereinten Nationen
 - a) die Forderungen des „World Education Forums“ Dakar zu erfüllen,
 - b) das in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ festgelegte, Recht auf Bildung zu achten und gesetzlich in der jeweiligen Verfassung zu verankern, wenn dies nicht schon geschehen ist;
7. fordert die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu auf, finanziell die bestehenden Fonds, die zur Verbesserung der Bildungssituation in der Welt dienen, zu unterstützen, damit die finanzielle Basis für die Bildung – auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern - gesichert ist;

8. schlägt vor, dass alle Staaten unter anderem ihre eigene Tradition und Kultur im Schulunterricht vermitteln;
9. beschließt mit der Sache befasst zu bleiben.